

<b>STELLUNGNAHME zur Anfrage</b> Stadtrat Friedemann Kalmbach (GfK)  vom: 29.07.2013 eingegangen: 29.07.2013	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:  Verantwortlich:	<b>53. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>24.09.2013</b> <b>2013/0016</b> <b>23</b> <b>öffentlich</b> <b>Dez. 4</b>
<b>Mehr Wohnmobilstellplätze dringend erforderlich</b>		

**Frage 1:** Wie lauten die bisherigen Ergebnisse der am 20.09.2011 und 24.07.2012 angekündigten "erneuten" bzw. "aktuellen" Prüfungen von Möglichkeiten für attraktive Wohnmobilstellplätze?

**Antwort:** Nach Abwägung von Vor- und Nachteilen und Vergleich der Kosten wird dem Planungsausschuss in seiner Sitzung am 19.09.2013 vorgeschlagen, den Festplatz Rüppurr als Wohnmobilstellplatz mit entsprechender Infrastruktur auszubauen.

**Frage 2:** Wenn die Verwaltung die Notwendigkeit solcher Stellplätze seit Jahren sieht, warum dauert die Umsetzung so lange? Was spricht dagegen, dann wenigstens an den beiden momentan verfügbaren Stellplätzen (Adenauerring/Hagsfelder Allee und Parkplatz Ettlinger Allee/Schwarzwaldbrücke) Anschlüsse anzubieten?

**Antwort:** Bereits vorhanden sind: Eine Senkrechtparktasche an der Anliegerfahrbahn der Ettlinger Allee und der Platz am Yachthafen für 20 Wohnmobile. Beide Plätze werden wenig von Touristen angenommen.

Die Umsetzung ist wegen der zu schaffenden Infrastruktur mit nicht unerheblichen Kosten verbunden (voraussichtlich mindestens ca. 160.000,00 €). Diese Mittel müssen für den nächsten Doppelhaushalt beantragt werden.

**Frage 3:** Warum wurde das ganze Rheinufer vom Pionierhafen bis zum Ölhafen aktuell für Kfz und speziell für Wohnmobile gesperrt? Wie schätzt die Verwaltung die Möglichkeit ein, dieses Verbot wieder aufzuheben?

**Antwort:** Nachdem am Rheinufer verstärkt wildes Parken, auch durch Tanklastzüge, beobachtet wurde, hat die Wasserschiffverkehrsverwaltung den Weg abgesperrt. Der Wohnmobilstellplatz am Yachthafen ist von der Sperrung nicht tangiert. Da mit der Sperrung zweifellos vorhandenen Missständen begegnet werden soll, sieht die Verwaltung kein Erfordernis, sich für eine Aufhebung des Verbots einzusetzen.